



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung Budget 2010

Thema	Grünliberale zum Budget 2010
Für Rückfragen	Martin Bäumle, Tel 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	9. Dezember 2009

Grünliberale mit Budget zufrieden – es braucht aber weiterhin Ausgabendisziplin, eine kritische Aufgabenüberprüfung und mehr Kostenwahrheit im Umweltbereich

Die Grünliberalen haben mit gezielten Anträgen in der Finanzkommission massgeblich dazu beigetragen, das Budget 2010 in differenzierter Weise zu entlasten. So konnte das Budget gegenüber den Antrag des Bundesrates um ca. 400 Mio. entlastet werden. Damit wird auch der Ausgabenplafond um rund 500 Mio. unterschritten. Dies ist wichtig im Hinblick auf die Herausforderungen, welche auf das Budget 2011 garantiert zukommen werden. Angesichts der Konjunkturlage ist das Budget 2010 vertretbar. Zudem haben die Grünliberalen eine gezielte Förderung von Solarstrom als kostenneutrale Ausgabe mehrheitsfähig gemacht und den Zusatzkredit für Fernwärmeprojekte unterstützt. Damit wurden kleine Zeichen im Sinne der verstärkten Förderung der Erneuerbaren Energien im Budget aufgenommen.

Unrealistische Sparanträge der SVP und unvernünftige Wünsche der Linken nach Mehrausgaben konnten dank einer geschlossenen Mitte verhindert werden. Die Budgetdisziplin der beiden Räte hat die konjunkturbedingten Ausgaben des vergangenen Jahres teilweise wettgemacht. Die Verschuldung des öffentlichen Haushalts ist in den Augen der Grünliberalen aber nachwievor zu hoch. „Wir müssen in guten Zeiten die massiven Überschüsse zur Schuldenreduktion nutzen, um Durststrecken bei einer wirtschaftlichen Baisse wie jetzt besser verkraften zu können“, sagt Martin Bäumle, Nationalrat und Parteipräsident der Grünliberalen.

Angesichts der Finanzkrise lockerte der Bund 2009 den Spardruck zu sehr und bewilligte in den drei Konjunkturpaketen auch viele fragliche Aufstockungen und Massnahmen. Erst im dritten Paket wurde gebremst, um keine strukturellen Folgekosten zu generieren. Die Schuldenbremse wird damit 2009 eingehalten. Beim Budget 2011 werden aber markante Sparmassnahmen zur Einhaltung der Schuldenbremse nötig werden. Deshalb war es wichtig, bereits beim Budget 2010 Mass zu halten und eine Balance zu finden zwischen Ausgaben, die die Kontinuität im staatlichen Handeln gewährleisten, und einem klaren Abbremsen der Aufwandsentwicklung.

Die SVP wollte mit einer Kaskade von Rückweisungen, radikalen Kürzungen aufzeigen, dass nur sie konsequent ist. Die Anträge waren jedoch meist nicht umsetzbar und teilweise schlicht falsch. Die SVP vergisst auch alle guten Vorsätze, wenn es um die Landwirtschaft oder die Armee geht und staatliche Mehrausgaben mit Gejammer und Pfründen erschlichen werden sollen.

Die Linke auf der anderen Seite hat vor einem Jahr die 6 Milliarden Franken an die UBS als Subvention und teure Ausgabe gegeisselt und Hinweise, dass es sich um eine Investition mit markt- und risikogerechter Verzinsung handle, in den Wind geschlagen. Für alles und jedes an Ausgaben hat sie die 6 Milliarden Franken als Bezugsgrösse herangezogen. Heute wissen wir, dass diese Investition für den Bund sehr lukrativ war und den Finanzsektor stabilisierte. Nun wollten die linken Parteien in mehreren Anträgen bewirken, diesen Gewinn von rund 1.2. Milliarden sofort zu verteilen und mit masslosen Ausgabenerhöhungen nicht nur einmalige Ausgaben zu tätigen, sondern strukturelle Defizite zu konstruieren, ohne die Schuldenbremse und sinkende Steuereinnahmen zu beachten.

Die Grünliberalen konnten zusammen mit den anderen Mitte-Parteien diese Anträge von links und rechts ablehnen und das Parlament hat nun ein Budget verabschiedet, das angesichts der konjunkturellen Lage vertretbar ist.

Aus grünliberaler Sicht braucht es künftig weiterhin eine grosse Ausgabendisziplin und eine gezielte Aufgabenüberprüfung. Die Grünliberalen sehen weitere Bereiche mit Optimierung- und Sparpotential. Insbesondere im Bereich des Umweltschutzes braucht es eine grössere Kostenwahrheit: Verursacher von Umweltschäden und -risiken sollen diese selber bezahlen und die Kosten nicht dem Staat übertragen. So braucht es künftig unter anderem eine lenkungswirksame CO2-Abgabe auch auf Benzin und eine Risikoprämie auf Atomstrom. Zweitens wird die Sicherheit unseres Landes in Zukunft weniger von teuren Kampfflugzeugen als von einer schlüssigen Klima- und Umweltpolitik bestimmt. Drittens ist im Bildungssektor nicht primär die Höhe des zusätzlichen Geldes entscheidend, sondern vor allem der gezielte Einsatz der Mittel.